

Infobogen 15.14.2.1

Der Antisemitismus im heutigen Rechtsextremismus

Antisemitismus gehört zu den weltanschaulichen Grundüberzeugungen des Rechtsextremismus und ist in fast allen rechtsextremen Organisationen präsent. Die Feindschaft gegen Juden wird sowohl offen zum Ausdruck gebracht als auch verklausuliert in Form antiisraelischer oder antizionistischer Positionen (also Positionen, die sich gegen die Politik oder die pure Existenz des Staates Israels richten). Im Rechtsextremismus finden sich sowohl religiöse als auch kulturelle oder rassistische Begründungsmuster für Antisemitismus. Oft korrespondieren sie mit verschwörungstheoretischen Ansätzen. Sie zeugen von ideologischer Nähe zum historischen Nationalsozialismus und treten meist in Verbindung mit revisionistischen Positionen auf.

Rechtsextreme Ideologen befinden sich in einem argumentativen Dilemma. Sich offen auf die entmenschlichende Weltanschauung des Nationalsozialismus zu beziehen, ist in der deutschen Gesellschaft und Politik wegen der Erinnerung an den Holocaust mit einem moralischen Tabu belegt. Rechtsextremisten bemühen sich deshalb um eine historische Gegenerzählung. Sie bestreiten die Verbrechen des Nationalsozialismus oder relativieren sie durch Vergleiche und greifen dabei häufig auf eine pseudowissenschaftliche Argumentationsweise zurück. Die seit 1985 in § 130 des Strafgesetzbuches verankerte Strafbarkeit der Holocaust-Leugnung hat Konsequenzen für das taktische Verhalten von Rechtsextremisten. Um eine mögliche Bestrafung zu vermeiden, bedienen sie sich verklausulierter Argumentationsmuster. Eine solche taktische Vorgehensweise ist vor allem für rechtsextreme Parteien wie die NPD charakteristisch.

Rechtsextremer Geschichtsrevisionismus

Nur bei wenigen Zusammenschlüssen und Protagonisten der Szene sind antisemitische Positionen prägend oder treten in Form der offenen Leugnung des Völkermords an den Juden in Erscheinung. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang der Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreiten des Holocaust Verfolgten (VRBHV), das Collegium Humanum, beide 2008 verboten, die Europäische Aktion und Einzel-Personen.

In der 2010 gegründeten Europäischen Aktion spielen Personen aus dem Kreis der verbotenen VRBHV eine entscheidende Rolle. Das für die Europäische Aktion charakteristische antisemitische Verschwörungsdenken brachte die Organisation im November 2016 auf ihrer Internet-Seite zum Ausdruck:

"Eine kleine, aber scheinbar allmächtige Handvoll Menschen strebt nach der Weltherrschaft. Unter dem Begriff 'Globalismus' wollen 'Jene', die im Zionismus festzumachen sind, uneingeschränkt über die Reichtümer der Welt, die Bodenschätze, die Nahrungsquellen und Schlüsselstellungen der Macht verfügen."

Die Leugnung des Holocaust beinhaltet, „dass Auschwitz kein Vernichtungslager, sondern ein Arbeitslager gewesen“ sei. Es fehlten dafür die forensischen und nachprüfbaren Beweise für die Vergasung mit Zyklon B von Millionen Juden in Auschwitz.

Antisemitismus in der rechtsextremen Musik

Die rechtsextreme Musikszene hat sich seit den 1980er Jahre als eigenständiger Bereich des Rechtsextremismus etabliert. Antisemitische Texte gehören seit Beginn zum Genre. Der über das suggestiv wirkende Medium Musik transportierte Antisemitismus entfaltet gerade bei jüngeren Rechtsextremen eine besondere Wirkung. Die Bandbreite reicht von Vernichtungsfantasien bis hin zu subtileren Formen des Antisemitismus.

Weil die Produzenten rechtsextremer Werke vor der Veröffentlichung üblicherweise von Rechtsanwälten überprüfen lassen, sind offen volksverhetzende Produktionen mittlerweile relativ selten. Für einen eliminatorischen Antisemitismus stehen beispielsweise ältere Produktionen der Gruppen „Zillertaler Türkenjäger“ und „Kommando Freisler“ in den 1990er Jahren. Eine neuere Produktion der Gruppe „Erschießungskommando“ aus dem Jahr 2016 lässt Vernichtungsfantasien freien Lauf. In dem Stück mit dem bezeichnenden Titel "Ab in den Ofen" werden Juden als "Ratten", "Abschaum", "Seuche" und "Pest" bezeichnet. Die Zeilen des Refrains sind als Aufruf zur Tötung von Juden zu bewerten:

"Jude, ab, ab in den Ofen. Jude wir werden dich ersaufen"

Häufiger als solche die Opfer des Holocaust verhöhnenden, gewaltverherrlichenden Lieder sind Produktionen mit einem israelbezogenen Antisemitismus und Titel, die mit geschichtsrevisionistischer Stoßrichtung einen angeblichen Schuld kult beklagen. Die Gruppe D.S.T (die Abkürzung steht für "Deutsch Stolz Treue") beispielsweise intonierte 2015 im Titel "Free Palestine" folgende Liedzeilen:

"Wer wirft Bomben auf Frauen und Kinder? ISRAEL Wer ist der Völker größter Schwindler? ISRAEL Wer schießt Raketen auf volle Schulen? ISRAEL Und wer hat den Deutschen den Stolz gestohlen? ISRAEL"

Die in der Szene kultisch verehrte Rechtsrock-Band „Stahlgewitter“ ist auf revisionistische Inhalte spezialisiert. Der Titel "Tätervolk-City" aus dem Jahr 2006 bezieht sich mit den folgenden Zeilen auf das Holocaust-Mahnmal in Berlin:

"Ihr riesiges Wahnmal, nicht zu übersehen, so können sie jetzt täglich nach Canossa gehen. Sie kriechen wie Würmer, grüßen in Demut den zu Stein gewordenen Geßler-Hut. Tausende Stelen stehen sinnbildhaft Für ein Volk in moralischer Sippenhaft."

Die Echo-Preisverleihung im April 2018 für den Rap-Song von Kollegah und Farid Bang führte in den Wochen nach der Veranstaltung zum Eklat. Im prämierten Rap bzw. dessen Text heißt es u.a. „*Mein Körper definierter als von Auschwitzinsassen*“.

Die Reihe der Beispiele ließe sich mit zahlreichen weiteren Liedtexten fortsetzen. Die Musik ist innerhalb des Rechtsextremismus eines der wirksamsten Mittel zur Verbreitung antisemitischer Hetze. Ihr kann im Zeitalter des Internets mit dessen unkontrollierbaren Verbreitungsmöglichkeiten kaum Einhalt geboten werden. Gerichtliche Einziehungsbeschlüsse oder Indizierungen durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) erschweren lediglich das kommerzielle Geschäft mit rechtsextremer Musik.

Antisemitische Positionen in Parteien

Antisemitische Positionen und Haltungen von Mitgliedern finden sich nicht nur in der NPD, auch wenn diese ihre antisemitische Haltung am deutlichsten markiert. Wichtig zu wissen: Studien zeigen seit mindestens 10 bis 20 Jahren, dass zwischen 15 und 20 Prozent der Bevölkerung antisemitische Einstellungen haben.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die NPD verfolgt die Idee einer homogenen Volksgemeinschaft, die sie als Gegenmodell zur liberalen Demokratie der westlichen Welt versteht. Die Zugehörigkeit zu dieser völkischen Gemeinschaft wird von ihr nach rassistischen Kriterien definiert. Nach Ansicht der Partei müsse die „wahre“ Demokratie als „deutsche Volksherrschaft“ konzipiert sein (daher die Eigenbezeichnung „nationaldemokratisch“), woraus sie zahlreiche weitere Forderungen ableitet.

Laut Verfassungsschutzbericht des Bundes 2012 sind die Zielvorstellungen der NPD aufgrund ihrer „antipluralistische[n], ausgrenzende[n] und antiegalitäre[n] Merkmale“ unvereinbar „mit den demokratischen und rechtsstaatlichen Wesensmerkmalen des Grundgesetzes“. Die ideologischen Positionen der Partei seien „Ausdruck eines geschlossen rechtsextremistischen Weltbilds.“

Die NPD propagiert einen völkischen Nationalismus, der bereits im Grundsatzprogramm zum Ausdruck kommt. Dort wird die Würde des Menschen an die Zugehörigkeit zu einem Volk gebunden. Dieses Volk, nicht den einzelnen Menschen, stellt die NPD in den Mittelpunkt ihrer Politik und unterscheidet sich damit von demokratischen Parteien. Dem Staat komme dabei die Aufgabe zu, die Verantwortung für das Volk zu tragen. Die NPD sieht das Volk als eine ethnisch und rassistisch homogene Einheit, wonach ein Deutscher nur aufgrund seiner deutschen Abstammung Deutscher (Volksdeutscher) ist und nicht allein aufgrund seiner deutschen Staatsangehörigkeit (Passdeutscher). Eine „Verleihung bedruckten Papiers“ könne, so die Partei, nicht „die biologischen Erbanlagen“ verändern. Die Zuwanderung von Angehörigen „artverwandter“ Kulturen kann laut Partei jedoch zugelassen werden. In den Parteiprogrammen wie auch öffentlichen Äußerungen ihrer Mitglieder bzw. Mandatsträger lassen sich sowohl ethnopluralistische als auch biologistisch-rassistische Argumentationen feststellen.

In der Ideologie der NPD sind antisemitische Positionen tief verankert, die sich teils in der Nutzung antisemitischer Chiffren offenbaren, teils jedoch auch unverhohlen zutage treten.

Juden im Allgemeinen und der Staat Israel im Besonderen werden als Profiteure eines angeblich von ihnen inszenierten "Holocaust-Kults" dargestellt. Wiederkehrende Elemente antisemitischer Argumentationsmuster der NPD sind ferner das Betreiben von Schuldumkehr (aus Opfern des Holocaust werden Deutschland ausbeutende Täter) und die verschwörungstheoretische Behauptung einer omnipotenten Einflussnahme von nicht näher bezeichneten jüdischen Machtgruppen. Ein weiteres Stereotyp, die Dichotomie Juden versus deutsches Volk, ist rassistisch konnotiert und gleichbedeutend mit der Ausgrenzung von Menschen jüdischen Glaubens aus der deutschen Gesellschaft. In der von der NPD als Ziel

angestrebten ethnisch homogenen Volksgemeinschaft haben Juden keinen Platz, Deutsche jüdischen Glaubens scheint es für die NPD nicht geben zu können.

Repräsentanten der Partei relativieren den Holocaust und sprechen von einer vermeintlichen erpresserischen „Holocaust-Industrie“, zudem kommt es zu Verbalattacken gegen den Zentralrat der Juden in Deutschland. Ferner lässt sich in der NPD sowohl latente als auch offene Feindschaft zum Staat Israel konstatieren, die unter anderem in antizionistisch motivierten Solidaritätsbekundungen, z. B. gegenüber der iranischen und venezolanischen Regierung, zum Ausdruck kommt. Der NPD-Bundesverband kommentierte das 70-jährige Gründungsjubiläum des Staates Israel am 14. Mai 2018 auf Twitter mit dem Satz „Israel ist und bleibt der Feind aller Völker, die um nationale und soziale Befreiung ringen.“

Das von der NPD häufig verwendete Kunstwort "USrael" soll den die US-Politik angeblich beherrschenden jüdischen Einfluss polemisch zum Ausdruck bringen. In diesem Sinne lässt man den US-amerikanischen Psychologen Kevin MacDonald, der unter Fachkollegen als Außenseiter gilt, als scheinbar objektiven Wissenschaftler zu Wort kommen:

"Das Problem mit dem Zionismus (...) ist in erster Linie die Tatsache, dass die zionistischen Netzwerke die Außenpolitik dominieren, ganz besonders in Amerika, mit dem Ergebnis, dass der Westen in kostspielige und unnötige Kriege im mittleren Osten hineingezogen wird."

Kritik an Israel oder allgemeiner den Juden, so lautet ein weiteres Stereotyp, dürfe nicht geübt werden, denn "da es auch in einer durchweg bösen Welt irgendetwas Gutes geben muss, wurde für das Publikum im 1945 installierten Welttheater diese Rolle an die Juden vergeben".

Aufgrund der Mischung aus radikaler Fremdenfeindlichkeit, Homophobie, Antisemitismus, Behindertenfeindlichkeit, nationalistischem Gesellschaftsmodell, populistisch-antikapitalistischen Parolen und dem Glauben an eine autoritäre Führung sehen Experten Ähnlichkeiten zwischen der Programmatik der NPD und jener der NSDAP der 1920er- und frühen 1930er-Jahre. Wie diese möchte die Partei nicht nur bestimmte politische Ziele durchsetzen, sondern das heute herrschende System des demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates beseitigen, weshalb die NPD als verfassungsfeindlich eingestuft wird.

Alternative für Deutschland (AfD)

In der Ende Dezember 2021 veröffentlichten Handreichung "Die Mobilisierung des Ressentiments. Zur Analyse des Antisemitismus in der AfD" von Lars Rensmann wird an Äußerungen wie die über die NS-Zeit als "Vogelschiss" in der deutschen Geschichte erinnert und auch an einzelne Mitglieder, die wegen offenem Antisemitismus die Partei verlassen mussten. Andere wiederum hätten bleiben dürfen. Die Studie kommt auch zu dem Schluss, dass mitunter Qualitätsmedien antisemitische Stereotype teils unwidersprochen als legitime Meinungsäußerung reproduziert hätten.

Zwar sei Judenfeindschaft nicht zentral in Kampagnen, dennoch seien antisemitische Vorstellungen und Verschwörungsdenken "integraler Bestandteil der radikal rechtspopulistischen Partei". Und was die Wähler angeht: Das Papier zitiert eine repräsentative Umfrage des Zentralrats der Juden in Deutschland von November 2021, wonach zum Beispiel 59 Prozent der befragten AfD-Wähler gegenüber 30 Prozent im Bevölkerungsdurchschnitt der Aussage zustimmten, dass Juden "für sich einen Vorteil aus der deutschen Schuld am Holocaust" zögen.

Antisemitisches Gedankengut ist laut Handreichung in programmatischen Äußerungen, politischen Kampagnen sowie in offiziellen Sozialen Medienkanälen der AfD bei Bundestagsabgeordneten und auf allen Ebenen der Partei vorhanden. Die AfD sei Teil einer "Re-Politisierung von antisemitischen Ressentiments" - wobei diese nie in der Gesellschaft verschwunden gewesen seien, so die Handreichung.

In der AfD sei ein "ausgeprägtes Verschwörungsdenken" zu finden. Hinzu komme der Versuch einer nationalistischen Rehabilitierung des "guten Volkes". Für "Post-Holocaust-Antisemitismus" sei heute ein Freund-Feind-Denken charakteristisch, das sich aktuell etwa gegen Juden wie George Soros richte, einen US-amerikanischen Investor und Philanthropen, der in den 1990er Jahren durch Devisenspekulationen unter anderem gegen das Pfund Sterling, die Deutsche Mark und den Malaysischen Ringgit bekannt wurde.

Die AfD relativiert oder leugnet dem Papier zufolge "deutschen Antisemitismus" und stellt ihn wesentlich als Problem von Migranten dar. Und: "Innerparteiliche Gruppierungen wie die 'Juden in der AfD', die mit antisemitischer Ideologie inkompatibel erscheinen, erweisen sich als politisch irrelevante Kleingruppen, welche zudem vor allem allgemeine migrations- und frauenfeindliche AfD-Positionen übernehmen." Allerdings habe die Gruppe nur 24 Gründungsmitglieder.

Die Partei äußere zwar bisweilen Unterstützung für Israel, allerdings sei die Solidarität insgesamt "brüchig" und "taktischer Natur". Der von der AfD verbreitete "modernisierte Antisemitismus" könne insgesamt als Teil einer internationalen "autoritär-nationalistischen Revolte gegen die Demokratie" verstanden werden.

Antisemitismus in anderen rechtsextremen Parteien

Neu hinzugekommen als rechtsextreme Partei sind „Die Rechte“ (gegründet 2012) und „Der Dritte Weg“ (gegründet 2013). Sie rekrutieren ihre Mitglieder zu einem großen Teil aus verbotenen neonazistischen Personenzusammenschlüssen. Im Vergleich zur NPD ist ihr öffentliches Auftreten in geringerem Maße wahltaktisch motiviert. Sie bekennen sich unverstellt zu einer an den historischen Nationalsozialismus angelehnten ideologischen Ausrichtung. Dies schließt einen antisemitischen Grundkonsens ein.

Verschwörungstheoretisch begründete Forderungen nach Abschaffung des Zentralrats der Juden auf der Facebook-Seite des Kreisverbandes Braunschweiger-Land der Partei „Die Rechte“ oder die antizionistische Propaganda im Zusammenhang mit dem Palästina-Konflikt auf der Homepage des Dritten Wegs, verbunden mit der Forderung, keine Produkte aus Israel zu kaufen, dokumentieren den antisemitischen Charakter der beiden Parteien. Dieser zeigt sich bisweilen auch

in konkreten politischen Initiativen. So stellte der ehemalige nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der Partei Die Rechte, Dennis Giemsch, im Rat der Stadt Dortmund eine Anfrage nach der Anzahl der in Dortmund lebenden Juden und den von ihnen bewohnten Stadtteilen. Ein Freundschaftsspiel einer israelischen Jugendmannschaft in Dortmund begleiteten Parteifunktionäre mit antisemitischen Rufen.

Bei der „Identitären Bewegung“ (IBD) handelt es sich um eine europaweit tätige rechtsextreme Organisation, die sich selbst im vergangenen Jahrzehnt einen Namen gemacht hat mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen wie Flashmobs, die speziell junge Menschen mobilisieren sollten.

Laut Bundesamt für Verfassungsschutz zählte die IBD 2020 etwa 575 Mitglieder, während die Organisation selbst auf ihrer Webseite von 300 Aktivisten sowie 1000 Unterstützenden spricht. Doch ihr Einfluss reicht weiter, und die IBD prahlt online damit, wie sie "den Widerstand professionalisiert": Sie hat Untergruppen in allen 16 deutschen Bundesländern, eine Medienagentur, eine Finanzberatung, einen Online-Fanshop und sogar ein eigenes Craft-Bier. Als Feindbilder und Sündenböcke fungieren explizit Politiker; dagegen werden Migranten und Geflüchtete unterschiedlich explizit, aber bestimmt als Gefahr und Bedrohung dargestellt („Siedler“, „Invasion“, „Terror-Refugee“, „selfugees“, die den eigenen „Garten beziehen und Frau und Tochter beanspruchen“).

2020 rief die Identitäre Bewegung die Kampagne „Niemals auf Knien“ ins Leben. Der Kampagnenname bezieht sich auf die im Zuge der Black-Lives-Matter-Bewegung verbreitete Kniefallgeste, die Solidarität mit der Bewegung ausdrücken soll. Zudem behauptete die Identitäre Bewegung, das Ziel der Black-Lives-Matter-Bewegung sei es, „antiweißen Rassismus und linke Selbsthassideologie“ zu verbreiten. Durch Erzeugung von Schuldgefühlen bei der weißen Bevölkerung in Europa solle diese unterworfen und ausgelöscht werde

Die „Reichsbürgerbewegung“ ist ein Sammelbegriff für eine organisatorisch und ideologisch sehr heterogene Szene aus meist Einzelpersonen, seltener teilweise sektenartigen Klein- und Kleinstgruppen, die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland als legitimer und souveräner Staat bestreiten und deren Rechtsordnung ablehnen. Zu den von sogenannten Reichsbürgern vertretenen Ideologien gehören oft die Ablehnung der Demokratie, Ideologieelemente des Monarchismus, Rechtsextremismus, Geschichtsrevisionsismus und teilweise Antisemitismus oder die Leugnung des Holocausts. Sie teilen eine Haltung der Ablehnung einer offenen und pluralistischen Gesellschaft und weigern sich, unter anderem Steuern und Bußgelder zu zahlen oder Gerichtsbeschlüsse und Verwaltungsentscheidungen zu befolgen.

Die Reichsbürger und Selbstverwalter-Gruppierung Geeinte deutsche Völker und Stämme (GdVuSt), die am 19. März 2020 vom Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat verboten wurde, äußerte sich in ihren Verlautbarungen nicht nur offen antisemitisch, sondern forderte ausdrücklich eine tiefgreifende Diskriminierung und Entrechtung von Juden.



Den Nazis eine schallende Ohrfeige versetzen

Die Vorstellung einer jüdischen Verschwörung zur Erlangung der Weltherrschaft ist in einer Reihe verschiedener Veröffentlichungen der Gruppierung präsent. So bezeichneten die GdVuSt Juden als „dunkle Rasse, die der hellen den Kampf angesagt hat“ oder „Andersweltler“, die „in ihren Grundfesten und Glaubenssätzen daran gebunden sind ohne die Achtung der Schöpfung die Weltherrschaft zu erringen und dazu kreative Geschichten erfinden, um den Menschen wiederholt glaubhaft zu machen versuchten, dass sie ein verfolgtes Volk sind“. Als Sühne für ihre angebliche „Unbelehrbarkeit“ sollte es Juden nach Vorstellung der GdVuSt untersagt werden, Eigentum an Grund und Boden zu erwerben und ihren Glauben auszuüben; teils wurde ihnen gar das Wahlrecht abgesprochen.

In einem Schreiben einer maßgeblichen Funktionärin der Gruppierung an den Weltpostverein aus dem Jahr 2017 wurden den „Rassen aus Jakobs Söhnen“ Weltherrschaftspläne, Lügen und Kriegsschuld unterstellt. Zur Buße sollten ihnen das Versammlungsrecht und das Eigentum an Grund und Boden entzogen werden.

In einem Schreiben der GdVuSt vom 25. Juli 2018 an die Ministerin für Justiz und Gleichstellung in Sachsen-Anhalt wurde Juden ein „Ringeln nach der Weltherrschaft“ unterstellt.

Die „Reichsbürger“ sind zuletzt im Zusammenhang mit den Anti-Corona Demonstrationen und Aktionen wie dem Verschicken von Drohbriefen wieder verstärkt in die Öffentlichkeit gekommen.

Unter Verwendung von Texten u.a. der bpb